

Wohnungen für die Armen in der Dritten Welt

Gegenwärtig lebt mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung unter Bedingungen weit unter dem menschlichen Minimum; diese Situation wird sich in den nächsten Jahren kaum bessern. Bereits um 1970 zählten in Lateinamerika mehr als 40 Prozent der Bevölkerung zu den Armen; 19 Prozent lebten in Elend. Zu dieser Zeit besaßen also ungefähr 113 Millionen nicht die nötigen Mittel, um ihre grundlegendsten Lebensbedürfnisse (Nahrung, Kleidung und Wohnung) zu erfüllen. Die Einkommensverteilung ist sehr ungleich und ungerecht. 1977 erreichte in Lateinamerika das Brutto-Einkommen pro Kopf der Bevölkerung nach dem Wert von 1970 866 US-Dollar. Das war noch ungefähr das Fünffache des für das gleiche Jahr für die Armen geschätzten Betrags.

Die Weltbevölkerung von etwa 4,7 Milliarden lebt zu 39 Prozent in der Stadt und zu 61 Prozent auf dem Land. Um das Jahr 2000 rechnet man mit 6,5 Milliarden, von denen mehr als die Hälfte in Städten wohnen werden. Die Stadtbevölkerung in den Entwicklungsländern wird ungefähr doppelt so groß sein wie in den reichen Ländern; die Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer wird die der Industrieländer um das Zweieinhalbfache übertreffen.

Um 1977 betrug die Bevölkerung Lateinamerikas fast 340 Millionen; sie war von 1950 an jährlich um durchschnittlich 2,8 Prozent gewachsen. Von 1970–1977 belief sich das jährliche Wachstum noch immer auf 2,7 Prozent. Nach den Vorausberechnungen von CELADE (Centro Latinoamericano de Demografía) wird die Wachstumsrate der Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts hoch bleiben; für die Zeit von 1995 bis 2000 rechnet man immer noch mit 2,4 Prozent. So wird sich die Bevölkerung Lateinamerikas in den nächsten 20 oder 25 Jahren verdoppeln. Die Landflucht wird – wenn auch in geringerem Maß – weitergehen und auf den Städten lasten, mit allen Problemen, die dies für die Infrastrukturen mit sich bringt. Bei der gegenwärtigen Wachstumsrate werden São Paulo und Mexiko zu Beginn des nächsten Jahrtausends je etwa 30 Millionen Einwohner haben.

So wird das Wohnungsproblem zu einer der schwersten Herausforderungen für die nahe Zukunft. Man schätzt, daß in Afrika, Asien und Lateinamerika innerhalb von 20 Jahren etwa 800 Millionen Wohnungen gebaut werden müßten¹.

Ein Kennzeichen des Bevölkerungsproblems in den Ländern der Dritten Welt und insbesondere Lateinamerikas in den letzten Jahrzehnten ist auch, daß sich die Elendsviertel außerhalb aller staatlichen Kontrolle oder gar Stadtplanung ausbreiten. In den letzten Jahren hat dieses Phänomen bedrohliche Ausmaße angenom-

men. Ungefähr 40 Prozent der Bevölkerung in den Großstädten Lateinamerikas leben in solchen Gebieten. Wenn es bei der gegenwärtigen Wachstumsrate dieser Elendsviertel bleibt – sie beträgt heute jährlich mehr als 10 Prozent –, dann wird um das Jahr 2000 wenigstens die Hälfte der Großstadtbewohner dort leben.

Haupthindernisse für die Armen, eine Wohnung zu erlangen

Die folgenden Hinweise gehen hauptsächlich von der Situation der Armen in Lateinamerika aus:

1. Die professionell mit der Analyse der Wohnungsprobleme in den großen Städten der armen Länder Befassten empfehlen Heilmittel, die den Patienten umbringen. Ein Haus für 4000 Dollar zu bauen, macht es unmöglich, 20 Familien eine Lösung zu bieten, bei der sie sich selbst ein Haus für 200 Dollar bauen können. Das Drama unserer armen Länder wird von in- und ausländischen „Fachleuten“ verschlimmert, die immer nur an einen „way of life“ und an Häuser denken, wie man es in Europa oder Nordamerika gewohnt ist. Wie will man einem Architekten den Begriff eines „provisorischen Hauses“ beibringen? Während der Notleidende nur sein Lager vor Regen schützen will, denkt der Architekt an Heizung mit Flüssiggas.

2. Die traditionelle Architektur sieht Häuser vor, die 100 Jahre lang stehen sollen – deshalb sind sie auch so teuer –, statt Wohnungen für eine Generation, also für 25 Jahre, zu planen. Warum Familien zwingen, zu hungern und sich zu verausgaben, um ein Haus zu bauen, das drei Generationen lang stehen soll? Auch die Nachwachsenden sollen dafür arbeiten, um wohnen zu können. Im übrigen ist ja bekannt, was es kostet, ein für hundert Jahre gebautes Haus abzureißen, wenn sich die Stadtplanung ändert.

3. Hat es je im Bauwesen eine wirklich sensationelle Erfindung gegeben? Dank einer unerhört komplizierten Technik sind wir in der Lage, uns auf dem Mond zu bewegen. Aber im Häuserbau befinden wir uns noch fast im Mittelalter. Fehlt es den Fachleuten an praktischer Vorstellungskraft? Oder sollte die Tatsache, daß sie an einem teuren Haus mehr verdienen, die Erfindung eines nichtbrennbaren Plastikhauses, das man auf dem Supermarkt kaufen kann, verhindern?

4. Daß die Planer wenig Kontakt zur Wirklichkeit haben, wirkt sich natürlich auf das Ergebnis aus. Sie sind in ähnlicher Weise Spezialisten wie der Lungenspezialist, dessen Medizin dem Magen schadet. Der reine Wirtschaftswissenschaftler behauptet, man solle nicht mehr als vier Prozent des Bruttonationalprodukts in das Wohnen investieren. In unserem Fall bedarf es eines guten Landarztes, der den Spezialisten anhört, aber doch selbst den Patienten ungleich besser kennt. Es gibt eine Dringlichkeitsreihenfolge, die Fachleute ignorieren, weil sie alles von oben nach unten bestimmen. Gewiß kann man auch über die Qualität von Materialien

streiten; aber unmittelbar geht es doch darum, daß dieses Ehepaar noch heute vier Wände braucht, um seine Streitigkeiten „unter sich“ auszutragen und sich „zusammenzuraufen“. Warum Häuser bauen, bei deren bloßer Planung schon fünf Jahre vergehen? Während dieser Zeit ist die Familie, die unmittelbar ein eigenes Dach gebraucht hätte, schon längst in die Brüche gegangen. In unseren armen Ländern leben oft zwei oder drei Familien in ein und demselben Raum.

5. Wenn von „Wohnungen für alle“ die Rede ist, denken die Regierungen fast immer an schlüsselfertige Häuser und bauen zu Preisen, die niemand zahlen kann. Was ihnen fehlt, ist der reale Kontakt mit den vielen Armen; durch Selbstbau könnten diese das fehlende Geld ersetzen. Aber die Regierungen bauen gewöhnlich Betonsärge, die die Einwohner im Elend einschließen.

6. Die Elendswohnungen abschaffen setzt voraus, daß man den Allerärmsten Kredit zu geben bereit ist. Aber wo gibt es einen echten Kredit für Arme? Es ist sprichwörtlich, daß Geld nur zum Geld fließt. Die Sparkassen und Hypothekenbanken der armen Länder haben nicht selten Millionen Dollar für Sozialkredite zur Verfügung, aber sie ziehen es immer vor, einer einzigen Familie 3000 Dollar zu leihen als drei Familien nur je 1000 Dollar. Nur ein Beispiel: Die kolumbianische Bodenkreditanstalt, von Staats wegen mit dem Wohnungsbau für die einfache Bevölkerung befaßt, stellte bis vor kurzem bei Bewerbern die Bedingung, daß sie über ein Monatsgehalt von 1000 kolumbianischen Pesos verfügten; soviel verdient nur eine sehr kleine Minderheit der Arbeiter.

7. Ein anderes Hindernis für Wohnungen für die Armen liegt in der mangelnden Kontrolle der Bodenpreise in den Städten, die der Spekulation freien Lauf läßt. In fast allen lateinamerikanischen Ländern gibt es genug Boden, der sich für die Ausweitung der Städte eignet. Dennoch steht nur ein geringer Teil davon tatsächlich zur Urbanisierung zur Verfügung. Eine rasche Steigerung der Bodenpreise ist die Folge. Absurderweise ist oft der Boden genauso teuer wie der Hausbau selbst.

Das Problem des städtischen Bodens ist nach Ländern und Regierungspolitik verschieden. Aber aufs Ganze gesehen bestimmen die folgenden Bedingungen die hohen Bodenpreise:

a) Übermäßige Besitzkonzentration. In Lateinamerika wie in anderen von Spanien kolonisierten Gebieten ist die Besitzkonzentration solcherart, daß geradezu ein „Land-Monopol“ entstanden ist; die Besitzer üben auf die Preise eine despotische Macht aus.

b) Straßen- und Wegebau und andere Verbesserungen der Infrastruktur durch die öffentliche Hand mit dem Steuergeld aller werden zum Profit für einige wenige. Die Landbesitzer eignen sich den Mehrwert an, und die Armen zahlen dafür beinahe doppelt, indem sie zuerst die Verbesserungen mit ihren Steuern bezahlen und dann noch einmal den daraufhin künstlich erhöhten Bodenpreis.

c) Der Staat scheut davor zurück, legal das für Wohnungen geeignete Land

einzufordern. Die Behörden bleiben für den Bodenerwerb auf freiwillige Landverkäufe angewiesen. Normalerweise haben die mit dem Wohnungsbau befaßten staatlichen Stellen an sich die legale Macht, um Eigentümer zu zwingen, ihr Land zu einem angemessenen Preis zu verkaufen oder den Bau von Wohnungen für die Armen zu niedrigem Preis zuzulassen; aber diese Macht wird fast nie in Anspruch genommen. So bleiben die Preise des städtischen Bodens extrem hoch, weil nur wenige Eigentümer von selber verkaufen wollen.

8. Schließlich sollte der Geist des Christentums sich bemerkbar machen, wo es um die Not der Obdachlosen geht. Viele christliche Vereinigungen mit sozialer Zielsetzung leisten tatsächlich Hilfe. Aber von der Überzahl der Armen erschreckt, wählen sie sich ihre Hilfsbedürftigen aus, nämlich die „Verantwortlichen“, letztlich diejenigen, die auch mehr verdienen. Und die noch Ärmeren bleiben wieder ohne Hilfe. Ergebnis ist neue Ungerechtigkeit. Man hilft tausend bürgerlichen Familien, die dafür Dank erweisen und das Prestige der betreffenden Vereinigung erhöhen, anstatt möglichst vielen Familien wenigstens etwas, wenn auch noch so unvollkommen zu helfen. Letztere werden zwar sicher nicht danke sagen; aber die Zahl der mit provisorischen Häusern bedeckten Quadratmeter könnte dazu beitragen, daß die Armen auf den Staat Druck ausüben können, damit er sich um sie kümmert; denn keine private Organisation würde genügend Geld besitzen, um selber eine vollständige Urbanisierung durchführen zu können.

Die genannten acht Gründe, die sich auf die Spezialisten, den Kredit und die Institutionen beziehen, dürften immerhin zeigen, daß man bei „Wohnungen für die Armen“ große Hindernisse wird überwinden müssen.

Etappen auf dem Weg zu einer Lösung

In diesem zweiten Teil sollen ohne hohen Anspruch Etappen für eine Lösung des beängstigenden Wohnungsmangels in der Dritten Welt aufgezeigt werden. Den Hintergrund bildet die Maxime: Das Realisierbare ist stets dem nur wünschbaren Ideal vorzuziehen.

Es soll jetzt nur von den Elendsvierteln in Städten mit mehr als 20000 Einwohnern die Rede sein. Denn offenbar ist das Wohnungsproblem auf dem Land nicht so schlimm wie in der Stadt, dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen findet der Campesino leicht ein Stück Erde, wo er ohne Promiskuität leben kann, und er baut sich sein Haus aus Balken, Brettern, Ziegeln und Steinen, wie sie ihm ohne sonderliche Ausgaben zur Verfügung stehen. Und wenn wir zum anderen eine Prioritätenliste seiner dringendsten Bedürfnisse aufzustellen hätten, käme vermutlich die Wohnung erst an vierter Stelle nach der Ausbildung in Agrartechniken, Kreditmöglichkeit und Gemeinschaftsveranstaltungen.

Ganz im Gegensatz dazu sind in den Städten Promiskuität, fehlende Hygiene,

Kriminalität usw. der Grund für die Priorität der Suche nach einer besseren Wohnung. Was an menschlichen Werten in den Elendsvierteln zerstört wird, darüber ist noch nie eine Statistik aufgestellt worden.

Es soll hier auch nicht das Pro und Kontra der Rückkehr der Stadtbewohner auf das Land diskutiert werden. Es lassen sich nur sehr wenige erfolgreiche Erfahrungen in dieser Hinsicht namhaft machen. Eine davon sind die erstaunlichen Ergebnisse, die in Kontinentalchina erzielt wurden². John F. C. Turner beschreibt ein anderes Beispiel aus Manila: 4 000 Familien wurden in 37 km Entfernung von der Stadt angesiedelt, und 2 900 davon blieben auf Dauer³.

Wir wollen auch keinem Pessimismus in bezug auf die Zukunft der großen Städte das Wort reden. Städte bieten große Vorteile. Um einige davon zu nennen: Die Ausbildung der Armen zu einem politischen Bewußtsein kann beginnen. Die Erziehung in bezug auf Geburtenregelung ist leichter: die Geburtenrate in Rio beträgt 2,4 Prozent, während sie sich im Umland auf 4,1 Prozent beläuft⁴. In den Städten gibt es unerwartete Möglichkeiten, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Neue Statistiken der Weltbank weisen aus, daß eine Vermehrung des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung dem prozentualen Wachstum der Stadtbevölkerung entspricht: Höhere Urbanisierung – größerer Wohlstand.

Trotz der Verringerung der Wachstumsrate der Bevölkerung in den letzten Jahren wachsen die Städte der Dritten Welt jährlich um ca. 5 Prozent. Was tun wir, um dieses Wachstum in etwa zu regeln und der großen Mehrheit, die nur einen Dollar täglich verdient, eine Wohnung zu ermöglichen? Die Notleidenden müssen selber zurechtkommen; sie bauen ihre Elendshütten über Überschwemmungsgebieten, auf Abfallbergen oder Bahndämmen, oder sie leben auf Booten; und von den Behörden werden sie vertrieben. Als nur ein Beispiel sei Bogotá genannt. Eine Studie aus dem Jahr 1971⁵ besagt, daß von den damals 2 585 300 Bewohnern 1 268 050 auf Boden lebten, den sie von Leuten erworben hatten, die zum Verkauf gar kein Recht hatten; diese Piraten machten sich die verzweifelte Situation der Allerärmsten zunutze, um sie noch ihres wenigen Geldes, das sie verdienten, zu berauben. Leider hatten nur etwa 30 000 von diesen Armen den Mut, einen Platz zum Wohnen direkt zu besetzen, ohne die Hilfe betrügerischer „Vermittler“ in Anspruch zu nehmen. Warum haben die anderen nicht das gleiche getan? Das wäre gerechter gewesen, als sich so betrügen zu lassen.

Wenn man das gegenwärtige Tempo des Häuserbaus im Großraum Kalkutta zugrunde legt, braucht man etwa 100 Jahre, um die gegenwärtigen Bewohner der „bustees“ und die „street dwellers“, die auf der Straße kampieren, unterzubringen; dabei ist das normale Bevölkerungswachstum in diesen 100 Jahren noch gar nicht mitgerechnet⁶.

Es ist verständlich, daß die Regierungen angesichts der Bevölkerungsbewegung und des demographischen Drucks in den Städten ratlos sind und in ihrer Politik schwanken. Daß Land besetzt wird, erscheint normal und wird tatsächlich

zugelassen; aber danach bleibt die Notwendigkeit, diese Gebiete zu ordnen und zu sanieren. Das ist sehr viel teurer, als wenn man planmäßig in leicht urbanisierbarem Gelände eine geordnete Besetzung vorbereitet hätte. Allerdings muß die Lösung mit allen Beteiligten lange durchdacht worden sein, wenn man nicht zu den allgemein bekannten Beispielen von gescheiterten Sanierungen und Umsiedlungen weitere hinzufügen will.

Für die Staaten besteht die Versuchung, traditionelle Häuser zu bauen, um der Öffentlichkeit eine schöne Lösung vorzuführen. Jedoch sind diese Häuser entweder für die Mehrheit der Antragsteller zu teuer, oder aber sie werden aus Gründen politischer Demagogie verschenkt, was wiederum Ungerechtigkeit zugunsten einer kleinen Gruppe bedeutet.

Operation „Boden und Infrastruktur“

Es ist bereits viel gesagt und geschrieben worden über die verschiedenen Formen, für Boden und Infrastruktur zu sorgen, die in manchen Ländern praktiziert werden, um das schwere Problem der Wohnungsnot der ärmsten Bevölkerungsteile anzugehen. Viele qualifizieren das als Herstellung neuer Slum-Gebiete und fordern ihre definitive Abschaffung. Andere dagegen unterstützen diese Unternehmungen und meinen – unter der Voraussetzung, daß sie gut geplant und durchgeführt werden –, sie seien eine der wenigen Möglichkeiten, um für die allerärmste Bevölkerung tatsächlich das Wohnungsproblem zu lösen.

1. Die Praxis der Beseitigung von Slumgebieten, die normalerweise mit einer Umsiedlung der Bewohner verbunden ist, hat sich als sehr teuer erwiesen. Sie bedeutet die Zerstörung des Wohnbestands, in den die Bewohner persönliche Mühe investiert hatten. Auch was guten Willen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Armen und den Regierungen angeht, sind die „Kosten“ überaus hoch.

2. Bei der Operation „Boden und Infrastruktur“ hat sich erwiesen: Um Obdach für die Armen zu beschaffen, ist das wichtigste Element gar nicht das Haus selbst, sondern der Boden und die Dienstleistungen und Erschließungen, die für das Leben in der Stadt notwendig sind. Angesichts der Tatsache, daß der Boden noch immer einen der Hauptkostenfaktoren darstellt, ist es notwendig, nach Alternativen zu suchen, die zu erträglicheren Kosten führen.

Dafür ist es absolut erforderlich, daß die jeweilige Regierung und/oder die örtlichen Behörden unmittelbar eingreifen. Sie müssen die wirklichen Bodenpreise festlegen und kontrollieren und dürfen sie nicht dem Spiel des „freien Wettbewerbs“ überlassen. Es ist nicht einzusehen, daß der „Mehrwert“ des Bodens, der durch die staatlichen Maßnahmen zur Schaffung einer Infrastruktur entsteht, dessen Besitzern zugute kommen soll. Denn diese Maßnahmen wurden mit dem

Geld aller Steuerzahler und nicht nur der Besitzer des städtischen Bodens bezahlt. Auf diese Weise läßt sich die Epidemie der Grundstücksspekulation verhindern, und der Boden kann Einwohnern mit niedrigem Einkommen zugeteilt werden, die sonst niemals Zugang dazu hätten.

3. Es ist nur selten im erhofften Maß gelungen, die Energien und Eigeninitiativen der bei diesen Operationen angesprochenen Personen mit sehr geringem Einkommen zu wecken. Wo es doch gelang, war es schwierig, sie auch zu Aktivitäten in größeren Gemeinschaften zu bewegen. Es war ebenfalls schwierig, die Mitbestimmung dabei zu institutionalisieren, vor allem in denjenigen Entwicklungsländern, wo zwischen der armen Bevölkerung und den Regierungen jahrelange Gegnerschaft bestanden hatte.

4. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß diese Projekte „Boden und Infrastruktur“ auf Kapital angewiesen sind, um den Armen Wohnungen zu verschaffen. Die Summe mag mehr oder weniger hoch sein; aber das Einkommen und die Wirtschaftsdaten der verschiedensten Länder zeigen nur, daß eigentliches Bauen und die Ausstattung der Häuser für einen großen Teil der städtischen Bevölkerung immer mehr außer Reichweite geraten.

Das Vorangehende sei erläutert anhand einer Studie von Antonio Labadía; er war in Chile Planungschef im Wohnungsministerium unter der Regierung von Eduardo Frei⁷.

Da die Zahl der Allerärmsten in einem Entwicklungsland stets sehr groß ist, verfügt keine Regierung über genügend Geld, um die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Ihre Aufgabe kann deshalb nur darin bestehen, die künftige Ausweitung einer wachsenden Stadt vor auszuplanen, die erforderlichen Sanierungen vorzunehmen und für Wasser und Elektrizität zu sorgen; sie wird auch die öffentlichen Räume erstellen (Schule, Polizei, Krankenhaus, Markt usw.); dann wird sie an die einzelnen Bewerber ein Stück Boden, je nach der Familiensituation zwischen 80 und 200 qm, verkaufen. Der Anteil der Regierung besteht also darin, einigermaßen die Unordnung zu ordnen, ohne Vollkommenheit anzustreben. Der Käufer wird auf diesem Boden ein provisorisches Haus mit 20 qm Grundfläche bauen, das er für 200 Dollar bei der Stiftung *Viviendas Hogar de Cristo* erwerben kann; von dieser Stiftung soll weiter unten noch ausführlicher berichtet werden. Am Samstag kann er dann in der Zeit, in der ein Nordamerikaner Rasen mähen würde, in aller Ruhe sein definitives Haus bauen: mit oder ohne zweiten Stock auf einer Grundfläche von 40 bis 80 qm, wobei ihm seine Familie und seine Freunde helfen. So weiß er, wohin es geht, und hat keine zusätzliche Miete zu zahlen. Man verlangt von ihm einen Dollar im Monat, um den Boden zu bezahlen. In den ersten Jahren muß er ein Loch von etwa 5 Meter Tiefe graben, das als Latrine dient, bis die Kanalisation kommt. Am Anfang wird es nur eine einzige Wasserleitung für 20 Familien geben; die Straßen werden noch aus Sand oder Kies bestehen, bis sie später asphaltiert werden.

In dieser Weise wurden bis vor Ende 1970 110 000 Grundstücke verteilt. Der Staat subventioniert einen Teil des Grundstückspreises, hat jedoch innerhalb von zwei oder drei Jahren nur die Hälfte der Kosten der traditionellen Lösung; davon entfallen 60 Prozent auf Sanierung, Straßenbau und Leitungsverlegung und nur 40 Prozent auf öffentliche Dienstleistungen. Die Leute selbst können wenigstens drei Jahre früher ihr Grundstück in Besitz nehmen. Die gleiche Lösung wurde von der Stadt Kinshasa übernommen; diese Stadt hatte 1948 erst 300 000 Einwohner und 1969 bereits 1 200 000.

Die Aufgabe des Staates besteht darin, geeignete Grundstücke ausfindig zu machen und vor auszuplanen. Durch Enteignung kann er der Spekulation von Grundbesitzern ein Ende machen. Manchmal bedeuten organisierte Landnahmen, die stillschweigend geduldet werden, eine Hilfe für den Staat; denn die Furcht vor Besetzungen läßt zuweilen die Preise bis auf ein Viertel fallen.

Die Lösung der Stiftung „Hogar de Cristo“

Nun soll von dem „provisorischen Haus“ die Rede sein, wie es von der Stiftung „Viviendas Hogar de Cristo“ entworfen und hergestellt wird. „Hogar de Cristo“ (Heim Christi) wurde 1944 von P. Alberto Hurtado († 1952), dessen Seligsprechungsprozeß eröffnet ist, gegründet. Diese private Institution hat Zufluchtshäuser für Nichtseßhafte, Hospize, Familienheime für Straßenkinder, Institute für kostenlose Bestattung und schließlich das Unternehmen für provisorische Häuser gegründet, von dem hier die Rede ist. Sie hat Filialen in allen großen Städten von Chile und Ekuador. Von einem Rat aus ehrenamtlich arbeitenden Laien geleitet, hat sie etwa tausend bezahlte Angestellte. „Hogar de Cristo“ ist aus einem ursprünglich paternalistischen Wohltätigkeitsverein zu einem Dienst an der Gemeinschaft geworden, wie die Sektion „Wohnungen“ es beweist. Die Finanzierung kommt aus Gaben von Chilenen aus allen Bevölkerungsschichten. Etwa 18 000 Spender geben monatlich ca. 100 000 Dollar.

Im Lauf von 25 Jahren hat die Stiftung in einigen der wichtigsten Städte des Landes (Santiago, Chillán, Copiapó und Antofagasta) insgesamt 2 311 000 qm an Holzhäusern hergestellt. Gegenwärtig können 200 Häuser à 20 qm täglich gebaut werden. Die Technik der Stiftung saniert, verbessert und verbilligt die traditionelle Holzhütte des armen Chilenen. Es wird Kiefernholz benutzt (*pinus insignis*), das in Chile nur ein Viertel von dem kostet, was dafür in anderen Ländern verlangt wird. Die chilenische Kiefer gibt in 20 Jahren ebensoviel Festmeter Holz wie in anderen Ländern in 60 Jahren. Die vorfabrizierten Wände von 3,20 m Höhe und 3,50 m Breite lassen sich in zwei Stunden auf dem einfachen Boden als provisorisches Haus zusammensetzen. Man kann also eine Wohnung praktisch über Nacht und unverzüglich aufbauen. Der äußerst geringe Preis wird dadurch ermöglicht,

daß aller Zwischenhandel ausgeschaltet bleibt. Die vorfabrizierten Häuser kosten zwischen 100 und 1000 Dollar, entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Bewerbers. Die Häuser sind entweder provisorisch⁸ oder definitiv; sie benötigen eine Fläche von 10 bis 56 qm.

Besonders interessant an dieser Formel ist, daß die Stiftung im Jahr für etwa 20 000 Familien einen Kredit von 100 Dollar geben kann und ihn innerhalb von 12 Monaten mit einem Verlust von nur 4 Prozent zurückbekommt (wenigstens unter normalen wirtschaftlichen Umständen; bei der gegenwärtigen Inflation und Arbeitslosigkeit gehen 20 Prozent verloren). Ohne auf viele Einzelheiten einzugehen, sei erwähnt, daß es in der Welt wenige Beispiele eines so eindeutig für die Armen bestimmten Kredits geben dürfte. Am schwierigsten an dieser Arbeit ist der Sozialdienst: Man muß sich ein Urteil über die Dringlichkeit eines Antrags und die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Bewerbers bilden. Man ist immer entweder zu wohlwollend oder zu streng. Es wird jedoch niemandem nein gesagt; ob er Geld hat oder nicht, es läßt sich immer eine Lösung finden. Auch wenn einmal ein Haus verschenkt werden muß, wird die Stiftung daran nicht zugrunde gehen; solche Schenkungen machen 4 Prozent des Budgets aus. Die Anstrengung, die von den Leuten verlangt wird, darf nicht zu groß und nicht zu klein sein; als Grundregel gelten 10 qm für drei Personen mit ungehobeltem Holz; wer mehr haben möchte, bekommt keinen Kredit und muß den Aufpreis (für dickeres Holz, weitere Bearbeitung, mehr Bodenfläche usw.) in bar bezahlen.

Von 1958 bis heute (1983) konnte die Stiftung trotz Schwierigkeiten mit allen vier aufeinander folgenden Regierungen (der Rechten, der Mitte, der Linken und mit der gegenwärtigen) zusammenarbeiten, besonders in Erdbebensituationen (im Jahr 1965 wurde sechs Monate lang mit 1000 Arbeitern 24 Stunden am Tag gearbeitet). Seit 1958 konnte 690 000 Menschen geholfen werden. Besonders wichtig ist dabei, daß die Bevölkerungsschichten mit dem geringsten Einkommen durch die Sichtbarkeit einer solchen Menge von provisorischen Häusern die Möglichkeit gewinnen, auf die Regierung Druck auszuüben. Gewiß verspürt keiner der Begünstigten gegenüber der Stiftung übertriebene Dankbarkeit. Sie pflegen zu sagen: „Da habe ich mir diesen Mist von Billighaus zugelegt.“ Aber die gute Organisation des Dienstes hat es erlaubt, die chilenischen Regierungen in Richtung auf eine Politik zu beeinflussen, wie sie Antonio Labadía am genannten Artikel erläutert hat. Die Philosophie der Stiftung heißt: „Besser ein schlechtes Haus heute als ein gutes erst in fünf Jahren.“

Vier Motive stützen das System von „Hogar de Cristo“, heute viele schlechte, provisorische Häuser zu bauen und so auf den Staat einzuwirken, seinerseits für den Boden und wenigstens Straßenführung, Wasser und Elektrizität zu sorgen:

1. Es lohnt nicht, bereits jetzt teurere Häuser zu bauen; denn wahrscheinlich werden neue Baumethoden erfunden und andere Materialien entwickelt werden, die die Kosten erheblich senken könnten.

2. Das provisorische Haus erlaubt es, daß die Familie unmittelbar dorthin umzieht, wo sie sich ihr definitives Haus bauen wird. Dadurch, daß sie im gleichen Gebiet zusammenwohnen, können sich viele Familien leicht zu Kooperativen für den Selbstbau zusammentun und ihre freien Stunden nach der sonstigen Arbeit sowie Feiertage und Betriebsferien dafür verwenden. Im übrigen ersparen sie zugunsten des definitiven Baues auch die Mietkosten.

3. Dank dem provisorischen Haus lassen sich die grundlegenden Werte der Familie schützen, während man schon am definitiven Haus baut.

4. Es nutzt nicht viel, große Pläne zu machen und – wie ich dies oft getan habe – Staatspräsidenten von Entwicklungsländern zu besuchen. Diese sind so mit allen möglichen Problemen beschäftigt, daß sie nur etwas unternehmen, wenn man sie ständig belästigt und Druck auf sie ausübt. Mit Hilfe ihrer Häuser erreicht die Stiftung, daß sich „pressure groups“ bilden, die die Regierungen nötigen, sich mit ihnen zu befassen.

Als Frucht dieser und anderer Erfahrungen auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus wurde 1971 der „Servicio Latinoamericano y Asiático de Vivienda Popular“ (SELAVIP; Lateinamerikanischer und Asiatischer Dienst für Volkswohnungen) gegründet. Die Erfahrung der Stiftung „Hogar de Cristo“ wurde von verschiedenen privaten Organisationen in anderen Ländern übernommen: in Peru, Ekuador, Kolumbien, Costa Rica, Honduras, El Salvador, Guatemala, Mexiko, Indien, Indonesien, Philippinen, Sri Lanka, Pakistan, Thailand, Südkorea usw.

Es war notwendig, die mögliche Ausübung politischen Drucks (friedliche Landnahme), die Materialien, das System des Kredits für die Ärmsten usw. der Situation des jeweiligen Landes anzupassen.

In Cordoba (Argentinien) besteht das Material für das provisorische Haus aus mit Lehm verbundenen Ziegeln; später, wenn man das Geld dafür zusammen hat, kauft man Zement und benutzt die gleichen Ziegel erneut für das definitive Haus. In Guayaquil (Ekuador) arbeitet man mit Bambus und baut über dem Wasser. In Davao (Philippinen) benutzt man die Abfälle einer Preßholz-Fabrik. In Arequipa (Peru) sowie in Kolumbien und El Salvador stellen die Leute selbst Betonbauteile her. In Indonesien genügt es, für 20 qm Dach Kredit zu geben. In Medellín (Kolumbien) haben 250 Familien ein Terrain besetzt; sie zahlen jede Woche einen Dollar, und alle vierzehn Tage wird das Material für ein Haus zugeteilt (600 Ziegel, ein Lastwagen Sand, acht Säcke Zement; das Ganze für 45 Dollar). Überall wird dafür gesorgt, Zwischenhandel auszuschalten, der die Armen bei der Besorgung von Baumaterialien ausbeuten könnte.

Übrigens hat die Stiftung in ihrem Archiv jeweils für die verschiedenen Länder eine Studie für ein provisorisches Haus zu einem Quadratmeterpreis von ca. zehn Dollar. Alles basiert natürlich auf sehr einfachem Selbstbau. Solche Häuser ließen sich, wenn gewünscht, auch in Brüssel oder Rom bauen.

Dieser Plan für provisorische Häuser setzt eine staatliche Beteiligung voraus:

Enteignung von Boden, dessen Verteilung, Urbanisierung, Sanierung, Bau öffentlicher Räume usw. Die Behörden dürfen es nicht zulassen, daß außerhalb aller Kontrolle spontan Land besetzt und „wild“ urbanisiert wird, um dann nur nachträglich und zu sehr hohen Kosten die entstandene Situation zu sanieren. Sie müssen vielmehr die Initiative ergreifen und soweit wie möglich das Geschehen in geordnete Bahnen lenken, indem sie geeignete Gebiete suchen und auf wirtschaftliche Weise sanieren. Gewiß wird man diejenigen Staaten, die sich energisch auf diesen Weg begeben, kritisieren; sie geraten damit in Gegensatz zu den großen Bauunternehmen und den traditionellen Statistiken, die nur eigentliche Gebäude kennen, auch zu den ausgeschalteten Zwischenhändlern usw. Man wird sagen, damit würden die Elendsvorstädte institutionalisiert.

Wie ist auf diesen Einwand zu antworten? Das Wachstum der Städte wird so oder so durch diese Etappe der Elendshütten gehen. Aber die Kosten nachträglicher Sanierung an oft unmöglichen Bauplätzen dürften um ein Vielfaches teurer sein, als jeder Familie ein für künftige Urbanisierung geeignetes Stück Boden zu schenken. Das System der Stiftung mobilisiert außerdem in geordneter Form die Arbeitskraft und den Sparwillen der Leute. Die Armen haben kein Geld; aber hat man schon einmal in Dollar berechnet, welche Arbeitskraft hinter den spontanen und illegalen „Bauten“ steckt? Außerdem wird es, wenn der Staat den neuen Familien in der Stadt keinen Boden verschafft, so wie in Bogotá gehen: Die Hälfte der Urbanisierung wird mit kriminellen Machenschaften verbunden sein, die den Leuten noch das wenige Geld rauben, über das sie verfügen.

ANMERKUNGEN

¹ S. Chamecki, *Habitación para todos por autoconstrucción financiada* (Curitiba, Brasilien, Nov. 1981) 7.

² Pi-Chao-Chen, La „ruralisation“ des cadres en Chine, in: *Developpement et Civilisation*, Nr. 47–48, 145–155.

³ J. F. C. Turner, *Incontrolled Urban Settlement*, in: *International Social Development Review*, Nr. 1 (1968).

⁴ M. Santos, *Les villes du tiers monde* (Ed. M. Th. Genin, 1971).

⁵ G. Vernez, *La vivienda popular de desarrollo progresivo* (Bogotá 1971).

⁶ C. Rosser, *Housing for the Lowest Income Groups: The Calcutta Experience*, in: *Ekistics*, Nr. 183 (1971) 127.

⁷ A. Labadía, *La operación sitio: una solución habitacional de desarrollo progresivo*, in: *Mensaje*, Nr. 192 (1970).

⁸ Der Begriff „provisorisch“ ist relativ. Denn es hat sich erwiesen, daß viele der Bewohner ihre Häuser mit der Zeit erweitert und verbessert haben und sie so „definitiv“ gemacht haben. Dies ist das Ergebnis einer hervorragenden neueren Studie der Architekten Joan MacDonald und Luis Miguel, *La mediagua, un refugio mejorable* (Das Holzhaus – verbesserungsfähige Zuflucht) (Santiago 1982).